

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 33 (2014)
Heft: 65

Artikel: Für ein solidarisches und egalitäres Europa : Aufruf und Aktionsprogramm
Autor: Herzog, Roland
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652669>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Für ein solidarisches und egalitäres Europa

Aufruf und Aktionsprogramm

Angesichts der gravierenden und bei weitem noch nicht überwundenen Folgen der ersten Weltwirtschaftskrise im neuen Jahrtausend soll der Aufruf zu Solidarität und Egalität eine wirkungsmächtige Diskussion über Alternativen in Gang setzen, welche das heutige neoliberale und imperiale Projekt Europa unter der Führung von Deutschland hinter sich lassen. Spezifische Diskussionen dazu haben im letzten Jahr in verschiedenen Ländern begonnen. Sie basieren auf einer längeren Flugschrift (Roth/Papadimitriou 2013), einer Zusammenfassung sowie einer Kurzfassung (www.egalitarian-europe.com). Diese ist unterdessen in 14 Sprachen übersetzt worden. Der Aufruf ist inzwischen von zahlreichen BasisaktivistInnen und namhaften Intellektuellen unterzeichnet worden. In diesem Beitrag sollen diese Initiative vorgestellt und einige Schwerpunkte gesetzt und in die aktuelle Gemengelage zu Europa, nicht zuletzt auch aus Schweizer Sicht, eingebettet werden.

Grossmachtpolitik herrscht in Europa seit geraumer Zeit. Höchst verheerende Auswirkungen hatte sie in den zwei Weltkriegen. Europa verlor als Ganzes an Relevanz, musste sich neu aufsteigenden Weltmächten beugen und bedurfte wirtschaftlicher Unterstützung. Der durch die USA finanzierte Neuaufbau in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und ein mehr oder weniger ausgeprägter Klassenkompromiss in den wichtigsten industrialisierten Ländern, der zu einem starken Ausbau des Wohlfahrtsstaates führte, schwächten eine antikapitalistische Perspektive. Wirtschaftliche Kooperation sollte den Frieden sichern und die französisch-deutsche Achse die politische Dominanz garantieren.

Mit dem Ende der fordistischen Prosperitätskonstellation begann in den 1980er-Jahren auch in Europa eine neoliberale Phase, in der selbst sozialdemokratische Parteien, insbesondere in England (Blair) und in Deutschland (Rot-Grün), massive Einschnitte im Wohlfahrtsstaat vornahmen. «Welfare» wurde immer stärker von «workfare» abgelöst, Wirtschaftspolitik fokussierte auf die Stärkung der nationalen Position im globalen Wettbewerb, die fortschreitende Deregulierung im Bankensektor führte zur Finanzialisierung der Kapitalverhältnisse und mit der EU entstand in Europa ein weitgehend schrankenloser, wenig regulierter Wirt-

schaftsraum (Bontrup 2013) mit immer mehr Staaten und dem Euro als neuer Währung in zurzeit 18 Ländern.

Verschärfte Ungleichgewichte in der EU

Von 2001 bis 2009 kam es in Deutschland, der stärksten europäischen Wirtschaftsmacht, dank Zugeständnissen der Gewerkschaften zu fatalen Reallohnsenkungen. Mit dieser Dumpingstrategie verschärften sich Widersprüche und Ungleichgewichte in Europa. Diese brachen in der Weltwirtschaftskrise ab 2007 mit immer stärkerer Gewalt auf. Nachdem zunächst gehofft worden war, es handle sich um ein begrenztes Problem im amerikanischen Immobiliensektor, mussten bald auch in Europa Grossbanken gerettet werden und die Staatsschulden wuchsen sprunghaft an. Unter der Führung der deutschen Bundeskanzlerin Merkel und der Troika, einem Weisungs- und Kontrollgremium aus Vertretern der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds, wurde eine desaströse Austeritätspolitik (grundlegend dazu Blyth 2013) eingeführt. Die Kosten der Krise wurden damit auf die unteren Klassen und auf weite Mittelstandskreise abgewälzt. Vor allem in der südeuropäischen Peripherie kam es zu unglaublichen Verarmungs- und Verelendungsprozessen. Dort ist allerdings auch der Widerstand am grössten (Roth 2012; Candeias/Völpel 2014; Horvat/Žižek 2014). Gleichzeitig wurden die Probleme einer Überakkumulation von nicht investierten Profiten in keiner Weise gelöst.

In der Krise haben die grossen Vermögensbesitzer nach einem kurzen Einbruch 2009 überproportional profitiert (World Wealth Report 2014). Aufoktroierte Lohnsenkungen haben dazu geführt, dass die jeweiligen nationalen Lohnquoten massiv sanken und sich die Einkommensverteilung immer ungleicher präsentiert. Gemäss Schulten (2014) betrugen die realen Lohnreduktionen in den letzten vier Jahren 23,6 Prozent in Griechenland, 19,4 Prozent in Zypern, 10,3 Prozent in Ungarn, 8,0 Prozent in Portugal und 6,6 Prozent in Spanien! In Deutschland hat die Lohnentwicklung indessen ins Positive gedreht. Spanien steht bei der Einkommensungleichheit innerhalb der Eurozone nun an der Spitze (Köhler/Calleja 2014). Gestiegene Arbeitslosigkeit, teilweise extrem hoch bei den Jugendlichen, stagnierende oder sinkende Masseneinkommen sowie eine zunehmende Prekarisierung (Standing 2011; Castel 2011) und Armut lassen sich auch in vielen anderen europäischen Staaten feststellen. Selbst in Deutschland hat die Armut ständig zugenommen und liegt – allerdings bei grösseren regionalen Unterschieden – 2013 gesamthaft bei sehr hohen 15,2 Prozent (Schneider 2013). Angesichts der Schwäche der Gewerkschaften und der häufig neoliberalen Orientierung sozialdemokratischer Parteien verwundert es nicht, dass rechtspopulistisches bis faschistisches Gedankengut

Auftrieb erhält und diese Parteien in Wahlen und Abstimmungen vermehrt Stimmen gewinnen.

Obwohl europaweit skandiert worden ist, «Wir zahlen eure Krise nicht», ist genau dies geschehen. Einzelne katastrophale Entwicklungen könnten sich daher zu einer einzigen grossen Katastrophe verdichten. Entscheidend ist daher, dass von linker Seite Gegensteuer gegeben und eine Strategie für ein anderes, ein egalitäres und solidarisches Europa umgesetzt wird. In erster Linie sollen die dramatischen Auswirkungen der Austeritätsprogramme rückgängig gemacht und tragfähige Alternativen formuliert werden. Unabdingbar sind dabei umfassende Demokratisierungsprozesse (Hardt/Negri 2013; Bontrup 2013). Es muss gelingen, diese Diskussionen in den verschiedenen Regionen und in unterschiedlichen Situationen mit dem konkreten Widerstand gegen den Neoliberalismus zu verknüpfen, um auf diese Weise Veränderungen auch von der Praxis her voranzutreiben.

Welche Auswege aus der Krise?

Soll es bei diesen Strategien aber nicht nur um Kriseneindämmung und reduzierte Überwälzung der Kosten sowie allenfalls um die Propagierung eines «guten Kapitalismus» bzw. einer kapitalistischen Stabilisierung gehen, dann stellen sich grundsätzliche Fragen (Wallerstein et al. 2013 oder Harvey 2014). Diese übergeht der renommierte Ökonom Flassbeck (zuletzt 2014) weitgehend, dennoch soll kurz auf seine breit rezipierte Argumentation eingegangen werden.

Flassbeck ist davon überzeugt, dass die EU auseinanderfallen wird, wenn es nicht gelingt, sich auf einige grundsätzliche Elemente zu einigen, damit die inhärenten Instabilitäten und Ungleichgewichte zurückgedrängt werden können. Für Flassbeck sind Wachstum und Investitionen zentral, zudem muss nach keynesianischem Muster die Nachfrage über Lohnsteigerungen gestärkt werden. Lohnsteigerungen sind also nicht nur wünschbar, sondern unerlässlich für eine Überwindung der Krise in Europa. Vor allem aber müssten sich die europäischen Staaten auf ein Inflationsziel sowie den Ausgleich der nationalen Produktivitätsfortschritte einigen. Zudem sollte der Verteilungsspielraum vollständig ausgeschöpft werden und damit die Wettbewerbspositionen der einzelnen Staaten einigermaßen ausgeglichen und stabil bleiben, denn es ist ihnen in der Eurozone nicht mehr möglich, mit Auf- und Abwertungen regulierend einzugreifen. Bis anhin weigert sich vor allem die deutsche Regierung, Schritte in dieser Richtung zu tun; weiterhin sollen möglichst hohe Exportüberschüsse erzielt werden. Die anderen Staaten müssten folglich wirtschaftspolitische Anpassungen mit interner Abwertung über Lohnsenkungen vornehmen. Wenn aber alle Staaten diese Strategie verfolgen, entsteht ein «race to the bottom», was zulasten der

LohnempfängerInnen ausfällt und die Nachfrageschwäche verstärkt. Diese Strategie kann folglich nur scheitern.

Flassbeck ist ein anerkannter, oft auch erfrischend polemisierender Keynesianer. Für ihn sind Stabilisierung und Aufschwung entscheidend. Verteilungsgerechtigkeit als linkskeynesianisches Ziel erscheint ihm dagegen zweitrangig. Eine funktionierende Marktwirtschaft sei das beste System, sie müsse allerdings gut reguliert werden. Seine Position verharret bei der Stabilisierung, geht also zu wenig weit. Aus einer radikallinken Perspektive stehen demgegenüber Reformen an, die transformierend wirken, mithin einen länger dauernden Prozess hin zu postkapitalistischen Verhältnisse öffnen. Sie werden im Manifest als entscheidende Reformen bezeichnet (Glossar 2014 auf www.egalitarian-europe.com).

In der linken Diskussion wurden im Wesentlichen drei Vorschläge zur Krisenbewältigung vorgebracht:

- *Austritt aus EU und Eurozone*: Wegen der blockierten Anpassung über eine Währungsabwertung könnten einzelne Länder aus der Eurozone und der EU austreten. Die griechische KP (zudem eine Minderheit in SYRIZA), aber auch der Front National in Frankreich sind für dieses Vorgehen. Mit einer solchen Schocktherapie ist allerdings ein ökonomischer Zusammenbruch in den Austrittsländern naheliegend.
- *Neuer Süd-Euro*: Denkbar wäre auch ein koordinierter Austritt der südeuropäischen Peripheriestaaten, begleitet von der Neueinführung einer gemeinsamen Währung, einem Süd-Euro, sowie der Lancierung einer eigenen Wirtschaftszone. Zu befürchten ist allerdings, dass sich dieser Südblock wirtschaftlich kaum gegen die europäische Kernzone behaupten könnte.
- *Schuldenmoratorium*: Damit bleiben noch das Szenarium eines Schuldenmoratoriums, ergänzt mit einem möglichst weitgehenden Schuldenschnitt sowie dem Stopp der Austeritätsprogramme ohne einen EU-Austritt. Angesichts der eingangs erwähnten aktuellen europäischen Konstellation, dürften diesbezügliche Verhandlungen aussichtslos sein. Zugeständnisse gegenüber einzelnen Staaten werden nur in äusserst extremen politischen, sozialen oder ökonomischen Situationen gemacht.

Föderative Republik Europa

Im Aufruf für ein solidarisches und egalitäres Europa wird eine «Föderative Republik Europa» vorgeschlagen. Dabei sind die folgenden vier Prämissen entscheidend: 1) die Orientierung am bisherigen sozialen Widerstand, der sich gegen das Abwälzen der Krisenkosten nach unten richtet; 2) die Ausrichtung auf die materiellen Interessen aller unteren Klassen unter Einschluss der unteren Mittelschichten; 3) die Verbindung der Gegeniniti-

ativen in allen Bereichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu einer föderativen Demokratisierung Europas; 4) die Verknüpfungen mit den weltweiten Sozialbewegungen, um die Ära der eurozentrischen Machtpolitik zu überwinden.

Der Vorschlag einer Föderativen Republik Europa fungiert als Klammer für ein mehrdimensionales Aktionsprogramm. Zu berücksichtigen sind dabei jedoch die historisch gewachsenen Differenzen und Vielfältigkeiten in Europa. Dies gilt insbesondere in kultureller Hinsicht. Wird diese neue Republik von den subalternen Klassen aufgebaut, kann sich diese Vielfalt behaupten. Realisiert werden muss eine basisdemokratische Verfassung mit direktdemokratischen Prinzipien. Als wichtigste Organisationsebenen liessen sich Kommunen, Kantone, Regionen und Föderation unterscheiden, wobei eine enge Vernetzung selbstverständlich ist.

Auf der politischen Ebene hat sich der Demokratieverlust in der EU deutlich gezeigt. Bei vielen Menschen wird lediglich die Bürokratie in Brüssel wahrgenommen und vonseiten der Troika folgt das weithin inakzeptable Anpassungsdiktat. Hinsichtlich Demokratiedefiziten (Habermas 2011) werden lediglich zögerliche Reformen vorgenommen. Das Brüsseler Parlament soll etwas aufgewertet werden, indem einige zusätzliche Kompetenzen gewährt und Wahlgeschäfte mit weniger Beschränkungen versehen werden. In längerfristiger Perspektive zeichnen sich allenfalls «Vereinigte Staaten von Europa» ab, die jedoch mit Crouch (2008/2011) wie die USA als «postdemokratisch» zu bezeichnen wären.

In der Verfassung einer Föderativen Republik muss zwingend ein generelles Friedens- und Abrüstungsgebot verankert sein. Zu eliminieren ist das Schengener Grenzregime und aufgelöst werden muss die Frontex-Struktur. Beide dienen vornehmlich der schändlichen europäischen Abschottung gegen die Migration aus ökonomischen und sozialen Krisengebieten.

Entscheidend für die Föderative Republik ist, dass ein systemischer Nationalismus, der den Nationalstaat gleichsam als vorgegebenen Rahmen festschreibt, überwunden wird. Werden regionale Gesellschaften einfach dem Nationalstaat subsumiert, kommt es ständig zu Ausgrenzungen und Uniformitätszwängen, die vor allem zusammen mit dem Eurozentrismus verhängnisvolle Wirkungen nach sich ziehen. Die Diskussionen in Spanien über den Status von Katalonien oder des Baskenlands belegen diese Probleme sehr anschaulich.

Inhalte und Dimensionen dieses Aktionsprogramms

Als übergeordnetes Ziel stehen der Abbau und die Überwindung der gravierenden europäischen Ungleichgewichte an. Das Aktionsprogramm richtet sich einerseits auf die Beendigung der Austeritätspolitik und ein

Schuldenmoratorium sowie andererseits auf Massnahmen zur Überwindung der europäischen Massenarmut. Insbesondere müssen öffentliche, aber auch private Schulden nach ihrer Legitimität überprüft werden. Legitimität und Tragbarkeit bilden die Basis zur Überführung von Schulden in einen europäischen Tilgungsfonds, der zu einem Schuldenschnitt zulasten der Banken und Gläubiger führen wird. Zur öffentlichen Kreditaufnahme dienen Eurobonds und mittels eines bereits von Keynes vorgeschlagenen Clearingsystems sollen möglichst grosse Teile von allfälligen Zahlungsbilanzüberschüssen abgeführt werden.

Zentral sind auch die Verhinderung von Kapitalflucht und die konsequente Elimination der Steueroasen. Daher sind umfassende Kapitalverkehrskontrollen erforderlich. Die Investitionen haben sich an den sozialen Bedürfnissen zu orientieren, und notwendig ist eine Vergesellschaftung aller strategischen Schlüsselsektoren sowie der transnationalen Konzerne.

Alle Infrastruktur- und Versorgungsbetriebe müssen möglichst nach unten, also auf die Ebene der Kommunen und Kommunalverbände vergesellschaftet werden. Auf dieser Ebene wird auch das Gesundheits- und Bildungswesen organisiert.

Bereits der Fordismus verursachte gravierende ökologische Beeinträchtigungen. Unter den neoliberalen Regimes haben sich diese zu dynamischen und globalen ökologischen Krisen mit vielen verhängnisvollen Facetten ausgewachsen. Um dagegen vorzugehen, sind zunächst die ökologischen Folgekosten immer in die betriebs- und gesamtgesellschaftlichen Kostenrechnungen einzubeziehen. Transparenz genügt aber zweifelsfrei nicht. Daher ist eine massive Intensivierung der Umweltpolitik (Schadenminderung, Elimination bestehender Schädigungen) äusserst wichtig. Vor allem aber ist die radikale Umstellung auf erneuerbare Energien bei möglichst tiefem Energieverbrauch dringend notwendig und das Transportaufkommen muss stark reduziert werden.

Nach wie vor sind die vielfach verankerten Postulate der Geschlechtergleichstellung nicht umgesetzt – sei es auf der Ebene des Lohnes, der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit oder hinsichtlich Privilegierung bzw. Diskriminierung von Berufen usw. Möglichst schnell müssen markante Fortschritte bzw. die Einlösung bisheriger Versprechen realisiert werden. Mit der Krise ergab sich eine Akzentuierung des männlichen Machtanspruchs, der sich in der familiären Gewalt und bei sexueller Ausbeutung verstärkt zeigt. Dieser Entwicklung muss strikt Einhalt geboten werden. Und nicht zuletzt geht es um die Aufwertung von Tätigkeitsfeldern, in denen nach wie vor Frauen die grösste und meist unbezahlte Arbeit leisten.

Auf europäischer Ebene hat eine Standardisierung von Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Entlohnung zu erfolgen. Notwendig und mög-

lich ist eine massive Reduktion der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, wobei auch eine Verkleinerung der Lohnspreizung zu realisieren ist. Mittelfristig akzeptierbar wäre etwa 1:5. Die Mindestlöhne müssen angehoben und international abgestimmt werden. Überdies sollen das Arbeitstempo verlangsamt und die Arbeitsverdichtung gestoppt werden. Gegenüber einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle steht die radikale Verkürzung der Arbeitszeit. Weiterhin wird es Alters- und Invaliditätsrenten geben, die deutlich aufzustocken sind. Das gleiche gilt auch für die Sozialhilfesätze. Unabdingbar ist eine verlässliche Unfall- und Krankenversicherung. Schliesslich wäre die Etablierung einer sozialen Grundsicherung für alle auf die Tagesordnung zu setzen.

Zur Finanzierung wird eine neue Steuerpolitik benötigt. Nach Jahrzehnten der Verteilung von unten nach oben geht es um die Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Dazu sind massive Erhöhungen der Grenzsteuersätze, insbesondere im oberen Drittel der Einkommenssteuern, eine durchgängige Wiedereinführung der Vermögenssteuern, die progressive Besteuerung von Erbschaften, die starke Anhebung von Kapitalsteuern gefordert. Hinzu kommt die Einführung einer Transaktionssteuer auf dem gesamten Kapitalverkehr.

Mit diesen schrittweisen und europaweiten Massnahmen wird verstärkt eine Dezentralisierung und Regionalisierung des ökonomischen Systems verfolgt, sodass Vorstufen für die Übernahme in gesellschaftliche Selbstverwaltung durchlaufen werden.

Was bedeutet dies für die Schweiz und die Schweizer Linke?

Trotz einiger direktdemokratischer Elemente bildet die Schweiz einen wichtigen Eckpfeiler des globalen Kapitals. Ihr Verhältnis zur Europäischen Union ist nach der Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative umstrittener und problematischer denn je. Die Skepsis gegenüber der EU hat in den letzten Jahren markant zugenommen. Das europäische Projekt, von Delors konzipiert, nun aber von Merkel dominiert, bietet kaum Perspektiven. Andererseits ist ebenso klar, dass sich die Schweiz nicht einfach von Europa abkoppeln kann. Ein isolationistischer Weg ist aussichtslos, auch für die schweizerische Elite. Ihr geht es vielmehr um Rosinenpickerei, um die zähe Verteidigung von Privilegien und um möglichst minimale Eingriffe in den Schweizer Finanz- und Rohstoffhandelsplatz.

Auch für die schweizerische Linke kann die heutige EU nicht attraktiv sein. Eine EU-freundliche Position, die auf der geografischen Faktizität der Schweiz mitten in Europa, der Vorstellung von Mitsprache und Mitentscheidung sowie einer vagen Positionierung für ein offenes und soziales Europa basiert, unterwirft sich weitgehend den herrschenden Gegebenheiten. Auch wenn denkbar ist, dass einige Reformen in der EU stattfinden

und gewisse demokratische Verbesserungen umgesetzt werden, verschwindet der imperiale Charakter der EU nicht.

Die Linke hierzulande muss sich folglich entscheiden, ob sie lediglich auf eine gewisse Abfederung des neoliberalen Projektes setzt oder auf eine zurzeit noch höchst unklare sozialdemokratische Erneuerung hofft, allenfalls eine Stabilisierung kapitalistischer Verhältnisse anstrebt oder eben die Transformation derselben betreiben will. Nur diese entspricht heute einer radikallinken Position (Altvater 2014). Unausweichlich muss damit über linkskeynesianische Positionen hinausgegangen werden, auch wenn einige ihrer Elemente im längerfristigen Transformationsprozess einzubeziehen sind. Eine sorgfältige Diskussion über das hier vorgestellte Aktionsprogramm und seine Adaptierung auf Schweizer Verhältnisse könnte zu einem Klärungsprozess beitragen.

Konklusion

Dieses Aktionsprogramm ist nicht abschliessend formuliert, Anforderungen und wichtige Dimensionen sind jedoch in den Grundzügen skizziert. Reform oder Revolution werden nicht als Gegensatz behandelt, denn diese ehemalige Grundsatzfrage (Sassoon 2010) ist überholt und dient vor allem einer sterilen politischen Abgrenzung. Fragen wir uns hingegen, welches entscheidende Reformen sind, die die aktuellen Krisen überwinden können, als zukunftsfähig erachtet werden und gleichzeitig längerfristig kapitalistische Verhältnisse abzuschaffen vermögen, dann wird die Diskussion relevant. Sie kann jedoch nicht nur abstrakt theoretisch geführt werden, sondern muss praktisch verankert werden.

Ausgehend von der Kritik der durch den Neoliberalismus geschaffenen Realitäten und unter Berücksichtigung von lokalen, regionalen und nationalen Gegebenheiten soll dieser Umbruch gesellschaftlicher Verhältnisse weiter diskutiert und konkretisiert werden. Zu hoffen ist, dass es gelingt, links der etablierten Parteien eine starke europaweite Koalition sozialer Bewegungen zu bilden, die sich inhaltlich verständigen und gemeinsame Kampagnen führen kann, dabei lokale Elemente nicht zu kurz kommen lässt, vor allem aber im Transformationsprozess vorankommt. Als nächster Schritt ist beabsichtigt, im kommenden Jahr mit Unterzeichnenden dieses Aufrufs und weiteren «Bewegten» aus möglichst vielen europäischen Staaten ein grösseres Treffen durchzuführen.

Linkssozialistische Widerstandsgruppen in Deutschland, in der französischen Résistance und bei den italienischen Partisanen haben bereits zu Beginn der 1940er-Jahre eine «Europäische Föderation» (Roth/Papadimitriou 2013) imaginiert. Vieles hat sich seit damals verändert, doch dieses Vermächtnis kann angesichts der heutigen Krisen mit neuem Leben gefüllt werden!

Literatur

- Altwater, Elmar, 2014: Eine Vorbemerkung zur Debatte. In: Kennedy, Margrit / Lessenich, Stephan / Rosa, Hartmut: Weil Kapitalismus sich ändern muss. Berlin
- Blyth, Marc, 2013: Austerity: The History of a Dangerous Idea. New York
- Bontrup, Heinz-J., 2013: Krisenkapitalismus und EU-Verfall. Köln
- Candeias, Mario / Völpel, Eva, 2014: Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Hamburg
- Capgemini & RBC Wealth Management, 2014: The World Wealth Report 2014. www.worldwealthreport.com (Abfrage 18.8.2014)
- Castel, Robert, 2011: Die Krise der Arbeit: Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburg
- Crouch, Colin, 2008: Postdemokratie. Berlin
- Crouch, Colin, 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin
- Flassbeck, Heiner, 2014: 66 starke Thesen zum Euro, zur Wirtschaftspolitik und zum deutschen Wesen. Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen, 2011: Zur Verfassung Europas. Berlin
- Hardt, Michael / Negri, Antonio, 2013: Demokratie: Wofür wir kämpfen. Frankfurt a. M.
- Harvey, David, 2014: Seventeen Contradictions and the End of Capitalism. London
- Horvat, Sre ko / Žižek, Slavoj, 2014: El sur pide la palabra. Barcelona
- Köhler, Holm-Detlev / Calleja Jiménez, José Pablo, 2014: Spanien: Massenmobilisierungen gegen das Austeritätsdiktat. In: WSI-Mitteilungen, 5, Frankfurt a. M.
- Roth, Karl Heinz, 2012: Griechenland: Was tun? Hamburg
- Roth, Karl Heinz / Papadimitriou, Zisis, 2013: Die Katastrophe verhindern. Hamburg
- Sassoon, Donald, 2010: One Hundred Years of Socialism. London
- Schneider, Ulrich et al., 2013: Zwischen Wohlstand und Verarmung: Deutschland vor der Zerreissprobe. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2013. Berlin
- Schulten, Thorsten, 2014: Lohn- und Tarifpolitik als Feld der EU-Krisenbewältigung. Referat Osnabrück, 14.3.2014
- Standing, Guy, 2011: The Precariat: The New Dangerous Class. London
- Wallerstein, Immanuel et al., 2013: Does Capitalism have a Future? New York